

Gedanken zur Revision der Parteistatuten der SPS

Autor(en): **Kiener, Eduard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **53 (1974)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338799>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gedanken zur Revision der Parteistatuten der SPS

1. Die Bedeutung von Statuten und Statutenrevisionen

Über Erfolg oder Misserfolg einer Partei entscheidet eine Vielzahl von Faktoren. Die wichtigsten werden im folgenden aufgezählt, ohne dass durch die Reihenfolge ihrer Erwähnung etwas über ihre Bedeutung ausgesagt sei. Es spielen unter anderem eine Rolle:

- Das im Parteiprogramm und in ähnlichen Publikationen vertretene Gedankengut. Es zeigt die Stellung der Partei in der politischen Landschaft auf. Der deklamatorische Wert von Programmen darf heute jedoch nicht mehr übermässig hoch eingeschätzt werden, da auch bürgerliche Parteien mit sozialen Parolen in Abstimmungen und Wahlkämpfe ziehen. Wichtiger als die Worte sind hier die Taten.
- Die Art und Weise, in der das programmatische Gedankengut permanent sowie bei besonderen Gelegenheiten (Wahlen, Abstimmungen) an die Wählerinnen und Wähler herangetragen wird. Hier wirkt sich für die SPS das Fehlen einer starken Parteipresse negativ aus.
- Die Qualität der Exponenten der Partei (Parteispitze, Vertreter in Legislativen und Exekutiven), ihre Arbeit und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit. Bei Wahlen dürften fähige Kandidaten von ebensolcher Bedeutung sein wie ein attraktives Parteiprogramm.
- Die Leistungen der Kantonalparteien, der Sektionen und der Mitglieder. Der Wert der vielen Kleinarbeit, die vor allem an der Basis geleistet wird (Werbearbeit, parteiinterne Schulung, Arbeit in Gemeindebehörden), darf nicht unterschätzt werden.
- Der Grad der politischen Geschlossenheit, den die Partei aufweist.
- Das Zusammenwirken mit andern Organisationen (für die SP sind dies vor allem Gewerkschaften, Arbeitersport- und -kulturorganisationen).
- Die Güte der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Stufen der Partei (Gesamtpartei, Kantonalpartei, Sektionen).
- Die Qualität und die Quantität der Arbeit der Parteispitze und ihrer Hilfsorgane (Kommissionen).
- Die Leistungsfähigkeit der Sekretariate der Gesamtpartei, der Kantonalparteien und der städtischen Parteien.

Der Einfluss der organisatorischen Gegebenheiten auf die Ausgestaltung dieser Faktoren, vor allem auf die letzten vier, ist offensichtlich. Eine schlagkräftige Partei benötigt eine effiziente Organisation und eine wirkungsvolle, dynamische Führung.

Die Organisation der Partei wird durch die Statuten fixiert. Sie legen die Struktur und die Relationen des Systems «Partei» und seiner Subsysteme (Kantonalparteien, Sektionen, Kommissionen, Sekretariat) fest und bestimmen ihre Arbeitsweise. Die Statuten sind unbestreitbar von

grosser Bedeutung für die Güte der Parteiarbeit und damit für den Erfolg der sozialdemokratischen Bewegung. Statutenänderungen, welche nicht bloss kosmetischer Natur sind, verändern den Aufbau und damit im allgemeinen auch die Arbeitsweise der Partei. Die Tragweite derartiger Statutenrevisionen darf deshalb nicht unterschätzt werden, da nicht bloss administrative, sondern auch politische Auswirkungen zu erwarten sind.

2. Die Ziele von Partei und Statuten

Eine Partei ist ein Zweckverband, dessen Absichten im Durchsetzen politischer Forderungen besteht. Von einem Wirtschaftsverband unterscheidet sie sich durch ein breiteres Zielsystem, das auch nichtwirtschaftliche Zielsetzungen enthält. Wir Sozialdemokraten dürfen allerdings für unsere Partei in Anspruch nehmen, dass sie mehr ist als ein kalt berechnendes Unternehmen. Den Sozialdemokraten lagen von jeher und liegen heute noch die Interessen des gesamten Volkes, insbesondere aber der Schwachen am Herzen. Dies äussert sich im Handeln unserer Partei, welches geprägt ist vom Wunsche nach einer sozialen und demokratischen Schweiz. Das Handeln ist orientiert am Parteiprogramm. Dieses bildet das politische Zielsystem, auf dessen Erreichung die ganze Partei hinarbeiten muss.

Welches sind nun die Ziele einer Statutenrevision? Die Ziele der Statuten und ihrer Revision sind den politischen Zielen unterzuordnen. Hauptziel der Statuten und damit auch der Statutenrevision ist – im Hinblick auf das politische Zielsystem – die Schaffung einer leistungsfähigen Gesamtorganisation unserer Partei. Nur eine bestorganisierte Partei ist in der Lage, ihre weitgesteckten Ziele

- mittels Durchsetzung von Initiativen,
- durch die Tätigkeit in Legislativen,
- durch die Beteiligung in Exekutiven,
- durch den Dienst in Verwaltungen

zu erreichen und gleichzeitig die vielen wichtigen Daueraufgaben (Vorbereiten von Wahlen und Abstimmungen, Ausarbeiten von Vernehmlassungen usw.) zu erfüllen.

Ein weiteres wichtiges Ziel der Statutenrevision ist die vermehrte Mitwirkung der Parteibasis bei der politischen Willensbildung und bei Entschieden über Sachfragen. Darüber später einige Ausführungen. Es ist selbstverständlich, dass die Änderungen der SPS-Statuten keine negativen Auswirkungen auf die Arbeit der Kantonalparteien und der Sektionen zeitigen dürfen.

3. Die Mitarbeit der Parteibasis

Die vermehrte Mitarbeit der Parteibasis, das heisst der Mitglieder, ist ein Postulat, das in den letzten Jahren immer wieder erhoben wurde und

im Grunde kaum angefochten ist. Seine Erfüllung hätte folgende Vorteile:

- breitere Willensbildung,
- bessere Ausnutzung des geistigen Potentials der Partei,
- Aktivierung der Sektionen,
- Sensibilisierung der Mitglieder für die Probleme übergeordneter Gemeinwesen (Kantone, Bund),
- stärkere Motivierung und engerer Kontakt der Mitglieder,
- bessere Auswahl und Ausbildung von Kandidaten für politische Gremien usw.

Hauptnachteile sind die unbestreitbar kompliziertere Abwicklung der Parteiarbeit und die stärkere Belastung der Parteisekretariate.

Wo soll die Mitarbeit der Basis verstärkt werden? Sicher hauptsächlich in den Sektionen. Die Parteisektionen bilden den idealen Rahmen für die Weiterentwicklung sozialdemokratischer Ideen. Die grundlegende Meinung und die Marschrichtung unserer Partei sollen nicht an der Spitze, sondern an der Basis festgelegt werden. Man hüte sich jedoch vor der Meinung, alles und jedes müsse und könne an der Basis entschieden werden. Die Basis kann – genau gleich wie das Volk in unserem Staatswesen – nur die groben Richtlinien festsetzen und nicht Detailprobleme behandeln. Viele Aufgaben werden nach wie vor von der Parteiführung in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat zu erledigen sein. Andernfalls wird die Partei zur Immobilität verurteilt. Die innere Demokratisierung der Partei ist ein legitimes Ziel der Statutenrevision, sie darf jedoch nicht dazu führen, dass die Partei gelähmt wird.

Welche Fragen sollen an der Basis behandelt werden? Ich möchte auf eine ausführliche Aufteilung der in der Partei anfallenden Aufgaben verzichten und nur die meines Erachtens wesentlichsten Punkte erwähnen. Die Basis sollte mitwirken

- bei der Erarbeitung des Parteiprogramms,
- beim Beschluss und bei der Grobformulierung von Verfassungsinitiativen,
- bei der Revision der Statuten.

Die laufenden Geschäfte (Abstimmungsparolen, Vernehmlassungen usw.) sollten weiterhin in den Aufgabenbereich der Parteileitung fallen.

Wie soll die Mitarbeit der Basis erhöht werden? Meines Erachtens muss sie sich vor allem auf die Parteitagsbeschlüsse auswirken. Die Sektionen sollten durch ausführliche Beratung der Parteitagsgeschäfte dafür sorgen, dass ihre Delegierten im Sinn und Geist der Sektionsmitglieder handeln können. Sie müssen deshalb frühzeitig in den parteiinternen Entscheidungsprozess eingeschaltet werden. Dies bedingt, dass die Unterlagen des Parteitags und die Anträge des Parteivorstandes viel früher als bisher zu den Sektionen gelangen müssen. Die Sektionen können sich im allgemeinen nur dann ausgiebig mit der zur Diskussion stehenden Materie befassen, wenn sie früh genug und eingehend informiert sind.

Eine gewisse Vertiefung des Einflussbereichs der Basis könnte erreicht werden, wenn die am Parteitag zu behandelnden Geschäfte nicht von der Geschäftsleitung, sondern von den Sektionen festgelegt würden. Die Geschäftsleitung müsste den Sektionen eine Reihe von Themen bekanntgeben, aus denen die Sektionen zwei oder höchstens drei auszuwählen hätten. Am Parteitag würden dann die Themenkreise mit den höchsten Stimmenzahlen beraten.

Die direkte Befragung der Parteimitglieder durch eine Urabstimmung ist mit einem derart grossen Aufwand verbunden, dass ein permanenter Einsatz dieses Instruments nicht sinnvoll erscheint. Urabstimmungen sollten deshalb nach wie vor nur in Ausnahmefällen zum Zug kommen.

4. Parteitag oder Delegiertenversammlung?

Es ist nicht die Grösse der Partei, welche nach einer Änderung der organisatorischen Struktur unserer Partei ruft, sondern die sich auch in den eidgenössischen und kantonalen Parlamenten zeigende stärkere Hektik auf der politischen Bühne. Neue Aufgaben werden an den Staat herangetragen und beanspruchen naturgemäss auch die Parteien, welche bei ihrer Lösung wesentlich mitzuwirken haben. Die starke Belastung der Partei äussert sich nicht nur in der Beanspruchung der Spitzengremien und des Parteisekretariats, sondern auch durch die Tatsache, dass die Parteitage sich in schnellem Rhythmus folgen. Darauf hat auch Arthur Schmid am letzten Parteitag hingewiesen.

Es ist deshalb naheliegend, dass versucht wird, die Arbeit des Parteitags zu rationalisieren. Man mag dabei auf den Gedanken kommen, der Parteitag sei durch eine Delegiertenversammlung zu ersetzen. Solange wir jedoch die direkte Vertretung der Sektionen am Parteitag oder an der Delegiertenversammlung aufrechterhalten wollen, spielt es absolut keine Rolle, ob das oberste Organ unserer Partei Parteitag oder Delegiertenversammlung genannt wird (eine kleine Nuance liegt höchstens im Umstand, dass Delegierte häufiger einberufen werden könnten). Die Vertreter der Sektionen sind in jedem Fall Delegierte. Anders sähe es aus, wenn den Sektionen die direkte Mitbestimmung an der SPS entzogen und die Delegierten durch die Kantonalparteien bestimmt würden. An diese Möglichkeit wird man im Hinblick auf die Forderung nach vermehrter Mitarbeit der Basis jedoch kaum ernsthaft denken. Bleiben wir also beim Parteitag.

Viel wesentlicher als der Name sind die Anzahl der Delegierten und die Abwicklung des Parteitags. Zuerst zur Delegiertenzahl. Man mag das Gefühl haben, sie sei zu gross. Sicher ist, dass eine Verkleinerung der Delegiertenzahl die kleinen Sektionen, denen mindestens eine Stimme zukommt, noch weiter bevorzugen würde. Aus diesem Grunde wird eine kräftige Reduzierung der Delegiertenzahl kaum in Frage kommen.

Die Abwicklung des Parteitags könnte durch ein geeigneteres Verhal-

ten der Delegierten und zum Teil auch der Referenten erheblich verbessert werden. Parteitage sind nicht dazu da, um in zwanzigminütigen Referaten ohne konstruktiven Beitrag die Parteileitung anzugreifen oder um in vorbereiteten Vorträgen das zu wiederholen, was schon einige Male gesagt wurde. Ferner sollten die Delegierten darauf verzichten, unbestrittene Anträge noch zu begründen und die Versammlung laufend mit Ordnungsanträgen zu blockieren. Das Auftreten vor dem Parteitagsplenum ist – das hat sich auch in Biel gezeigt – nicht jedermanns Sache. Dies äussert sich besonders deutlich, wenn Redezeitbeschränkungen beschlossen werden müssen. Deshalb sind Parteitage auch nicht für die Basisarbeit geeignet. Wahre Basisarbeit kann nur im begrenzten Kreis geleistet werden, weil hier rhetorische Fähigkeiten nicht von derart wesentlicher Bedeutung sind und Hemmungen leichter überwunden werden. Vergessen wir eines nicht: die Basis einer Volkspartei besteht nicht nur aus sprachgewandten Intellektuellen!

5. Zur Struktur der Parteispitze — Vorschlag eines Aussenstehenden

Es dürfte unbestritten sein, dass die Stärke und der Einfluss einer Partei wesentlich von der Leistungsfähigkeit der Parteispitze (Geschäftsleitung, Parteivorstand) abhängt. Die Durchschlagskraft unserer Partei kann durch ein verstärktes Management – das sich an den Intensionen der Basis zu orientieren hat – verbessert werden. Dieses Management, man denke vor allem an die Geschäftsleitung, ist keine Versammlung von Notablen, sondern eine Institution, die harte Arbeit zu leisten hat.

Wichtigstes Führungsgremium ist nach wie vor die *Geschäftsleitung*. Sie besteht gemäss den gültigen Statuten von 1948 aus 11 Mitgliedern; diese Zahl stellt die obere Grenze für ein arbeitsfähiges Kollektiv dar. Die Geschäftsleitung bestand aber 1970/71 gemäss Geschäftsbericht aus 21 Mitgliedern! In derart grossen Spitzengremien ist üblicherweise die Gefahr vorhanden, dass die Arbeitslast zum wesentlichen Teil auf dem Präsidenten ruht und viele Präsidialentscheide notwendig werden.

Es wäre zweckmässig, die Mitgliederzahl der Geschäftsleitung wieder auf die statutengemässe Höhe zu bringen. Die Zentralsekretäre und der Kassier sollten als Angestellte der SP nicht Vollmitglieder, sondern zusätzliche Mitglieder der GL mit beratender Stimme sein. Dagegen müssten die Vertreter der SP im Bundesrat und der Präsident der Fraktion der Bundesverwaltung von Amtes wegen Mitglieder der GL sein.

Die Geschäftsleitung sollte als Kollegialgremium arbeiten, aber in Ressorts aufgeteilt sein. Jedem GL-Mitglied, mit Ausnahme des Präsidenten, der Bundesräte und des Fraktionspräsidenten, wäre ein Zuständigkeitsbereich zuzuweisen. Bei der Verteilung der Zuständigkeitsbereiche (Sozialpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Landesverteidigung usw.) sollte auf die Erfahrungen und Neigungen der GL-Mitglieder abgestellt werden. Die bereits bestehenden und die eventuell nötigen weiteren Kommissio-

nen hätten als Stabsorgane der gesamten Geschäftsleitung oder der einzelnen GL-Mitglieder zu fungieren. Die GL-Mitglieder sollten wenn möglich gleichzeitig Präsidenten der Fachkommissionen ihres Zuständigkeitsbereiches sein. Andernfalls ist die Gefahr vorhanden, dass sich das GL-Mitglied und der Präsident der Fachkommission konkurrenzieren und Kompetenzschwierigkeiten auftreten.

Die Kommissionen sind gegenwärtig viel zu gross, als dass sie als Stabsorgane funktionsfähig sein könnten. Die grösste Fachkommission (Bildung, Kultur und Wissenschaft) zählte im Geschäftsjahr 1970/71 sogar 38 Mitglieder. Der Nutzen, den die Partei aus ihren Kommissionen zieht, hängt nicht primär von deren Grösse, sondern von der Qualität und der Einsatzbereitschaft der Kommissionsmitglieder ab. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erzielen kleine Kommissionen ein besseres Ergebnis als grosse. Diese Erfahrung hat man auch bei Arbeitsausschüssen in der Industrie gemacht, wobei ausserdem eine relativ starke Rotation der Mitglieder gefordert wird.

Die Belastung der Geschäftsleitung und der Kommissionsmitglieder wird bei der vorgeschlagenen Organisation mit Sicherheit wesentlich stärker sein als bei der im Moment gültigen Regelung. Dafür wird aber auch die Wirkung der Parteiführung wesentlich erhöht, wenn sich – und daran zweifle ich nicht im geringsten – geeignete und einsatzfreudige GL- und Fachkommissionsmitglieder finden lassen.

Der Parteivorstand übernimmt in den geltenden Statuten eine Funktion, die ähnlich ist derjenigen des Verwaltungsrates einer Aktiengesellschaft. Hier drängen sich meines Erachtens keine wesentlichen Änderungen auf.

Es fällt immer wieder auf, wie klein die *Sekretariate* unserer Partei sind, insbesondere wenn man die Grösse des Zentralsekretariats der SPS mit derjenigen der Sekretariate gewisser Wirtschaftsverbände vergleicht. Es ist für den Aussenstehenden erstaunlich, dass die ganze Arbeitsfülle des Zentralsekretariats der wählerstärksten Partei durch ein derart kleines Team bewältigt werden kann. Allerdings dürfte die Vermutung richtig sein, dass die Parteisekretäre einen zu grossen Teil ihrer Arbeitszeit für administrativen Kleinkram aufwenden müssen. Es wäre wünschenswert, wenn das Zentralsekretariat ausgebaut und damit den Sekretären mehr Zeit für ihre politische Tätigkeit zur Verfügung gestellt werden könnte.

Mit den vorliegenden Zeilen wurde nur ein kleiner, dafür aber sehr wichtiger Teil der mit einer Statutenrevision verbundenen Probleme angeführt. Es wurde bloss eine von vielen möglichen Alternativen dargestellt. Wenn die Ausführungen helfen, die vielzitierte Basis zu aktivieren und die Diskussion der Statutenrevision in die Sektionen zu tragen, so haben sie ihren Zweck erfüllt.